

P.B. Nr. 4

dodis.ch/38529

Peter Anton Feldscher an Max Petitpierre, 1. Juli 1949

Es ist für die gegenwärtige politische Atmosphäre Österreichs bezeichnend, dass die Nachricht von der grundsätzlichen Einigung der vier alliierten Aussenminister über den Entwurf eines Staatsvertrages mit Österreich nicht mit dem natürlichen Überschwang, der dem österreichischen Charakter seine besondere Note gibt und der nach vier Jahren des Hangens und Bangens durchaus verständlich gewesen wäre, begrüsst, sondern mit betonter Zurückhaltung aufgenommen wurde.⁹⁵⁷ Am

954 Richtig: Swiridov, Vladimir (1897–1963); 1916 u. ff Militärdst., 1948 GenLt.; 1945–1947 stv. HK Ungarn, 1947–1949 ebd. OK u. HK, Mai 1949–Juni 1953 dgl. Österreich.

955 Walter Dowling (1905–1977); 1932 u. ff State Department, November 1950–Juli 1953 stv. HK Österreich, 1953–1955 dgl. Deutschland, 1955/56 Ges. Bonn, 1956–1959 Botsch. Seoul, 1959–1963 dgl. Bonn.

956 Samuel Reber (1903–1971); 1926 u. ff dipl. Dst., 1947 stv. Ltr. Europaabt. State Department, 1948–1950 US-Chefdeleg. Staatsvertragsvhd., 1950–1952 Dir. Amt für polit. Angel. US-HK Deutschland, 1952/53 ebd. stv. HK.

957 23.5.–20.6.1949 Pariser Konf. der AMin., Beschlussfassung über die sofort. Wiederaufnahme der Gespräche über den Staatsvertrag durch die stv. AMin. mit dem Ziel, sich



Tage des Bekanntwerdens der Botschaft hatte ich Gelegenheit bei einem Empfang, den der neue rumänische politische Vertreter⁹⁵⁸ in Wien – Russland und einige seiner Satelliten-Staaten geben ihren diplomatischen Vertretern in Wien diese Bezeichnung – gab, mich mit dem österreichischen Bundeskanzler sowie anderen Mitgliedern der österreichischen Regierung, wie auch Angehörigen der Besetzungsmächte über die Neuigkeit des Tages zu unterhalten. Ich darf hier einschalten, dass ich mit dem rumänischen Gesandten auf korrektem kollegialem Fusse verkehre und dass der zwischen der Schweiz und Rumänien herrschenden Spannung zwischen uns keinerlei Erwähnung getan wurde.⁹⁵⁹

Herr Bundeskanzler Figl, den ich zum österreichischen Erfolge schriftlich beglückwünscht hatte, zeigte sich für meine Aufmerksamkeit sehr empfänglich, hob jedoch hervor, dass bei aller Genugtuung und Freude, welche die gute Nachricht ausgelöst habe, der Beschluss der Aussenminister bloss den ersten Schritt zur völligen Befreiung Österreichs darstelle, die noch harte Arbeit erfordern werde; er fügte indessen hinzu, dass die grundsätzlichen Fragen doch gelöst seien und eigentlich nur die technischen Einzelprobleme noch einer Regelung bedürfen. Auf den gleichen vorsichtigen Ton waren auch die Äusserungen anderer österreichischer Minister wie übrigens auch der hiesigen Presse gestimmt, was nach den wiederholten Phasen der Enttäuschung, welche die Staatsvertrags-Unterhandlungen bisher durchlaufen haben, nicht allzu verwunderlich erscheint.

Es sind in der Tat der Schwierigkeiten noch übergenuß vorhanden, um eine allzu optimistische Einstellung nicht aufkommen zu lassen. Wenn auch anscheinend von allen Alliierten der allgemeine Grundsatz der österreichischen Jurisdiktion und Souveränität für das österreichische Staatsgebiet anerkannt werden soll, so bietet doch die Abfassung derjenigen Bestimmungen, die eine gewisse Einschränkung dieses Prinzips zum Inhalt haben, im besonderen die Regelung des Statuts für die Donaudampfschiffahrts-Gesellschaft, deren sämtliche Niederlassungen und Arbeitsstätten in russische Hände übergehen sollen, noch reichlich Stoff zu Auseinandersetzungen und Grund zu einer misstrauischen Beurteilung der weiteren Entwicklung der Dinge. Auch wenn man nämlich feststellt, dass Sowjetrussland die Unterstützung der jugoslawischen Ansprüche auf Änderung der österreich-jugoslawischen Grenze hat fallen lassen, so ist damit noch keineswegs gesagt, dass es sich auf die Dauer an Jugoslawien, seinem Verhältnis zu Österreich und den strategischen Problemen, die aus diesem Verhältnis sich ergeben, desinteressieren

über den Staatsvertrag bis zum 1.9.1949 zu einigen. – Audrey Kurth Cronin, Eine verpaßte Chance? Die Großmächte und die Verhandlungen über den Staatsvertrag im Jahre 1949, in: Günter Bischof/Josef Leidenfrost (Hg.), Die bevormundete Nation. Österreich und die Alliierten 1945–1949, Innsbruck, 1988, S. 347–370.

958 [Ang. z. Pers. nicht zu erm.].

959 Im Sommer 1949 verhaftete die schweiz. Polizei den als Diplomaten getarnten rum. Agenten Solvan Vitianu unter dem Verdacht der Wirtschaftsspionage, worauf die rum. Reg. die schweiz. Konsulate schloss u. eine Reihe schweiz. Staatsbürger des Landes verwies.

wird. Man ist offenbar geneigt anzunehmen, dass es nicht allein wirtschaftliche Interessen sind, welche der russischen Forderung auf Anerkennung eines Sonderregimes für die DDSG und einer uneingeschränkten Überführungsmöglichkeit von Gewinnen der russischen Unternehmungen in Österreich nach Sowjetrußland zugrunde liegen. Es sollen denn auch, wie ich vernommen habe, die militärischen Stellen der westlichen Alliierten sich gegen die Gewährung von Konzessionen auf diesem Gebiet an Rußland ausgesprochen haben, und es sei die politische Führung der Westmächte gewesen, die dem russischen Standpunkt entgegengekommen sei. Seitdem die Diskussion über die künftige Ordnung der Verhältnisse in Österreich im Fluss ist, hat man immer wieder zu hören bekommen, dass es der sowjet-russischen Macht daran gelegen sei, mit einem Fuss auf österreichischem Boden stehen zu bleiben, um bei jeglicher künftiger Gestaltung der österreichischen Belange ein Wort mitreden zu können. Es ist deshalb auch wahrscheinlich, dass die in Rede stehenden Forderungen im Verlaufe der heute beginnenden Londoner-Verhandlungen⁹⁶⁰ von russischer Seite hartnäckig verteidigt werden. Sollten sie im künftigen österreichischen Statut Verwirklichung finden, so wäre wohl für Österreich ein Grund mehr vorhanden, die Aufstellung einer österreichischen Armee so zu fördern, dass beim Abzug der alliierten Truppen bereits eine bewaffnete österreichische Macht eingesetzt werden könnte.

Die von Bundeskanzler Figl in dieser Hinsicht öffentlich vertretene Forderung auf rasche Organisierung einer österreichischen Wehrmacht hat einer heftigen Polemik in den kommunistischen Blättern gerufen, während das sozialistische Parteiorgan dem Projekt zwar zustimmt, aber mit der Einschränkung, dass in der zu schaffenden Heeresorganisation die demokratischen Auffassungen gewahrt werden müssten. In dieser Sache wird die Schwäche der sozialdemokratischen Politik, die ihren Kampf sowohl gegen den Innern bürgerlichen Gegner, als auch gegen den kommunistischen Landesfeind gleichzeitig zu führen gezwungen ist, offenkundig, denn sie könnte zur Folge haben, dass aus innenpolitischen Gründen in der Armeefrage gegenüber dem kommunistischen Standpunkt eine Nachgiebigkeit gezeigt wird, die leicht verhängnisvoll werden könnte.

Wie die bisherigen Erfahrungen gezeigt haben, dürften in dem bevorstehenden Wahlkampf zur Neubestellung des Nationalrates, die auf den 9. Oktober festgesetzt wurde, die den Parteien zur Verfügung stehenden Argumente schonungslos ausgewertet werden, und es ist damit zu rechnen, dass der Kampf in der Hauptsache auf dem Boden des Gegensatzes zwischen dem Bürgertum und den beiden Linksparteien ausgefochten werden wird.

960 1.7.–1.9.1949 sechste Vhdlrunde der Sonderbeauftragten zur Abfassung des österr. Staatsvertrags in London (Sitzungen 164–212).